

## **Antwort der Partei DIE LINKE auf die Wahlprüfsteine des KgKJH**

- 1. Sachsen-Anhalt ist stark vom demografischen Wandel betroffen. Die Bevölkerung wird immer älter. Junge Menschen sind in Parlamenten stark unterrepräsentiert und junge Politiker\*innen, die Interessen, Bedarfe und Probleme aus dem eigenen Leben und den eigenen Erfahrungen heraus einbringen, befinden sich in der Minderheit. Vielen Jungen\* und Mädchen\* bleibt es verwehrt mitzubestimmen, denn oft entscheiden Erwachsene über sie hinweg. Welchen Beitrag plant Ihre Partei zur Erhöhung der politischen Partizipationsmöglichkeiten von Mädchen\* und Jungen\*?**

DIE LINKE setzt sich konsequent für die frühe politische Partizipation von Mädchen\* und Jungen\* ein, damit sie über die Gestaltung unseres Landes mitbestimmen dürfen, denn schließlich sind auch sie von politischen Entscheidungen betroffen. Die Bereitschaft und die Motivation, sich politisch zu engagieren, bringen viele junge Menschen mit. Nicht zuletzt die Fridays-for-future-Bewegung zeigt, dass junge Menschen Einfluss auf Politik nehmen wollen, wenn sie verstehen, dass es dabei unmittelbar um ihre Gegenwart und Zukunft geht.

Wir wollen durch ein Herabsetzen des aktiven Wahlalters auf 14 Jahre und ein kommunales aktives Wahlrecht für Migrant\*innen mehr Menschen an der Demokratie beteiligen und ihnen ermöglichen, ihr Umfeld mit zu gestalten. Demokratie muss so früh wie möglich erlebbar sein. Kinder und Jugendliche sollen lernen, Meinungen fair auszutauschen, sich zu engagieren, Verantwortung zu übernehmen und Wertschätzung für andere Positionen zu entwickeln.

Damit sich Kinder- und Jugendbeteiligung entwickeln können, ist es erforderlich, Angebote für eine altersgemäße politische Bildung auf- und auszubauen. Mit dieser Zielstellung wurde bereits 2014 ein Kinder- und Jugendteilhabegesetz erarbeitet. Kinderrechte in die Landesverfassung aufnehmen, wählen ab 14 Jahren, mehr Mitsprache und Partizipation auf der Ebene der Kommunen und des Landes, das Setzen von Standards für kommunale Kinder- und Jugendbeteiligung, die Unterstützung von Servicestellen der Kinder- und Jugendbeteiligung, mehr Rechte für Schüler\*innen – das wollen wir auch weiterhin erreichen. In den Kommunen sollen Jugendparlamente in einem Online-Verfahren gewählt werden, die über ein eigenes Budget für Projekte verfügen und die in den Stadt- und Gemeinderäten und in den Kreistagen bei Kinder- und Jugendbelangen ein Antrags-, Rede- und Vetorecht haben. Dafür müssen sie personell angemessen unterstützt werden.

Beim Landtag soll eine Kinderkommission als parlamentarischer Unterausschuss eingerichtet werden, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen im Parlament vertritt. Im regelmäßigen Austausch mit den Vertreter\*innen u.a. des Netzwerkes gegen Kinderarmut, dem Kinder- und Jugendring und der Landesvereinigung für kulturelle Jugendbildung soll sie dazu beitragen, auftretende Problemstellungen schneller zu erkennen und entsprechende Lösungen zu entwickeln. Der/die Kinderbeauftragte des Landes Sachsen-Anhalt soll ständiges beratendes Mitglied der Kinderkommission sein.

- 2. Digitalisierungsfähigkeiten gelten heute gesellschaftlich als selbstverständlich. Der aktuellen Studie „Digital Gender Gap“ ist zu entnehmen, dass Mädchen und Frauen sich über alle Felder der digitalen Kompetenz schlechter einschätzen als Jungen/Männer. Gleichzeitig wird deutlich, dass sie stark daran interessiert sind, ihr**

**Wissen im Bereich Computer, Internet und digitale Themen auszubauen und das informale Lernen hat dabei eine wesentliche Bedeutung (siehe Grafik). Zugangsbarrieren zur Digitalisierung für Mädchen und Frauen in unterschiedlichen Lebenssituationen scheinen vorhanden. Welche Schritte erwägt Ihre Partei, um verstärkt Mädchen\* Möglichkeiten zum Ausbau ihrer Digitalisierungsfähigkeiten zu ermöglichen?**

Es stellt weiterhin eine große Herausforderung dar, Mädchen und Frauen zu befähigen, ihre Kompetenzen besser einzuschätzen und ihren Interessen ohne Hemmnisse nachgehen zu können. Dafür müssen die vorhandenen Zugangsbarrieren abgebaut werden. Gerade die Digitalisierung bietet neue Möglichkeiten und Chancen für alle. Hier kommt es darauf an, in allen Bereichen – vom Kindergarten über Ausbildung oder Studium bis zur Fort- und Weiterbildung – digitale Mündigkeit zu fördern und den Computer nicht nur als Werkzeug zu nutzen, sondern die digitalen Tools selbst zum Lerngegenstand zu machen. Imagekampagnen, Role Models und Patenschaften (Mentoringprogramme) sind weitere Möglichkeiten der Förderung.

Auch in den MINT-Fächern insgesamt wurden bisher keine großen Fortschritte bei der Steigerung des Frauenanteils erreicht. Es muss besser erforscht werden, wo die subtilen Barrieren dafür liegen, dass es trotz verschiedener Anstrengungen weitgehend bei den gewohnten Bildern bleibt. Einen Zugang sieht DIE LINKE in der Aus- und Fortbildung der pädagogischen Fachkräfte in allen Bildungsinstitutionen (frühkindliche Bildung, Schulpädagogik, berufliche Bildung, Hochschulbildung, Erwachsenenbildung). Geschlechtersensitivität muss hier zu den pädagogischen Schlüsselkompetenzen gehören.

**3. Eine zunehmende Verschiebung von Inhalten des gesellschaftlichen Diskurses in den digitalen Raum führt zu einer Veränderung der Debattenkultur. So können Debatten pluraler und schneller geführt und Informationen hierzu breiter gestreut werden. Doch neben dem Austausch von Informationen wandelt sich auch deren soziale Kontrolle. Nicht selten werden persönliche Antipathien schneller und unbemerkt verbreitet. Mitunter verfolgen Menschen aber auch Ziele, die darüber hinausgehen, da sie einzelne Menschen oder Gruppen, zum Beispiel bezogen auf Geschlecht oder sexuelle Orientierung, ins Abseits drängen, herabwürdigen oder mobben. Bedingt durch die Möglichkeit der Verschleierung von personenbezogenen Daten bleiben Täter\*innen oft unentdeckt und durch die digitale Distanz gelingt es Betroffenen nur schwer zu intervenieren. Welche Ideen verfolgt Ihre Partei, um Jungen\* und junge Männer\* für einen bewussten und geschlechterreflektierten Umgang mit Medien zu sensibilisieren?**

DIE LINKE hält es für eine wichtige Aufgabe, jungen Menschen einen geschlechtersensiblen Umgang mit Medien zu vermitteln. Das muss offensiv in der Schule und vor allem auch in der Jugendsozialarbeit durch geschlechterreflektierte Jungenarbeit auf der Grundlage entsprechende pädagogischer Konzepte geschehen. Es ist hierbei wichtig, die Wertschätzung von Unterschiedlichkeit und Vielfalt nahezubringen – und dass dies auch für die Kommunikation im virtuellen Raum gilt. Hierbei sollten nicht nur sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität, sondern auch kulturelle, religiöse und weltanschauliche Unterschiede eine Rolle spielen. Zusätzlich bedarf es Studien zu geschlechtsspezifischer Gewalt im Internet sowie der geschlechtsdifferenzierten Erfassung von Cybergewalt in der Polizeilichen Kriminalstatistik, um objektive Daten zu gewinnen, Fortbildungen der Pädagogen und Prävention gezielter gestalten und Betroffene besser schützen zu können.

- 4. Die aktuelle Forschung des KgKJH und der OVGU zur Jungen\*- und Mädchen\*arbeit hat ergeben, dass eine kontinuierliche und qualitative Arbeit mit den Zielgruppen kaum möglich ist, da Fachkräfte zu häufig wechseln, was eine tiefgründige Beziehungsarbeit faktisch kaum zulässt. Der Kern der Arbeit ist nach Aussagen der Fachkräfte in der Mädchen\*- und Jungen\*arbeit aber die Beziehungsarbeit. Diese gelingt nur über den dauerhaften Austausch zwischen Fachkraft und Klientel. Welche Maßnahmen zur Verstetigung wird Ihre Partei in der Kinder- und Jugendhilfe ergreifen, damit die Fachkräfte in der Mädchen\*- und Jungen\*arbeit nachhaltiger und kontinuierlicher Beziehungsarbeit leisten können?**

Beziehungsarbeit ist die Basis jeglichen pädagogischen Handelns. Ohne personelle Kontinuität sind Fortschritte schwerer zu erreichen und immer wieder Rückschritte zu verzeichnen. Die Beschäftigten in der Jugendarbeit und in den Jugendverbänden befinden sich oft in einer prekären Beschäftigungs- und Einkommenssituation, weil es dafür bisher keine ausreichend gesicherte und auskömmliche Finanzierung gibt.

Die Förderung der Maßnahmen der kommunalen Jugendarbeit (ehemals Jugendpauschale und Fachkräfteprogramm) will DIE LINKE mindestens um eine halbe Million Euro erhöhen und eine Dynamisierung von mindestens 2,5 Prozent pro Jahr gesetzlich verankern. So sollen die Arbeits- und Einkommensbedingungen in der Kinder- und Jugendhilfe verbessert werden und gut ausgebildete Fachkräfte gewonnen und gehalten werden. DIE LINKE wird in der Jugendarbeit, der Jugendverbandsarbeit, bei institutionell geförderten Trägern und Beratungsstellen eine Bezahlung nach dem öffentlichen Tarifrecht zur Grundlage machen und mehrjährige Zuwendungsverträge abschließen. Wir setzen uns ein für die Entwicklung von personellen Mindeststandards für den erzieherischen Kinder- und Jugendschutz in den Landkreisen und kreisfreien Städten.

- 5. Obwohl es in Deutschland zurzeit 325 Ausbildungsberufe gibt, entscheiden sich 53 % der Mädchen\* (vier Varianten der Kauffrau, drei Varianten der Fachangestellten: Medizin, Zahnmedizin, Verwaltung, Hotelwesen und Friseur) und 39,4 % der Jungen\* (Elektronik, Industrie und Informatik) stark geschlechtertradiert für die jeweils zehn beliebtesten Ausbildungsberufe der Frauen\* und der Männer\*. Ähnlich sieht es in der Studienorientierung aus. In der Folge sind weibliche Auszubildende und Studierende in den MINT-Berufen sowie im Handwerk unterrepräsentiert, junge Männer fehlen in den Bereichen Sozialwissenschaften, Erziehung und Pflege. Welche Ideen verfolgt Ihre Partei für eine Erweiterung des Berufswahlspektrums von Mädchen\* und Jungen\* bei gleichzeitigem Abbau der Geschlechterstereotypen?**

Wir gehen davon aus, dass sich das Berufswahlverhalten von jungen Frauen und jungen Männern nicht kurzfristig ändern lässt. DIE LINKE unterstützt verschiedene Ansätze, um Mädchen und junge Frauen für vermeintlich typische „Männerberufe“ zu interessieren und Jungen und jungen Männern die vermeintlichen „Frauenberufe“ näher zu bringen.

Der Abbau von Geschlechterstereotypen ist ein langer Prozess, der in der frühkindlichen Entwicklung in der häuslichen Umgebung wie in der Kita einsetzen muss. Wichtige Schritte sind schon konkrete Angebote im Kindergarten, wie beispielsweise das Haus der Kleinen Forscher, die weiter ausgebaut werden müssen. In der Schule sollte versucht werden, ob ggf. in einzelnen Stunden bzw. Unterrichtssequenzen eine getrennte Unterrichtung von Jungen und Mädchen helfen kann, dass sich Mädchen offener und selbstbewusster in den MINT-Fächern zeigen, wenn sie sich nicht unmittelbar mit den Jungen messen müssen. Für die Berufswahl kommt es

ganz entscheidend darauf an, dass die Berufsorientierung durch die Berater\*innen der Agentur für Arbeit gezielter mit der Ermutigung für die Wahl sogenannter „Jungenberufe“ erfolgt, wofür die Berater\*innen ausreichend geschult werden müssen.

DIE LINKE in Sachsen-Anhalt setzt sich für eine Stabilisierung und Verbesserung der Unterrichtsversorgung besonders an den Sekundar- und Gemeinschaftsschulen ein, damit ein geschlechtersensibler Unterricht überhaupt stattfinden kann und fordert u.a. eine deutliche Aufwertung der technischen Bildung an den Gymnasien. Praktische Bildungsabschnitte (polytechnischer Unterricht) sollen an den allgemeinbildenden Schulen mehr Gewicht erhalten. Berufsorientierung und Berufsberatung müssen an den Schulen aller Schulformen fester Bestandteil sein und gezielt darauf hinarbeiten, das tradierte Rollenverständnis aufzubrechen.

DIE LINKE unterstützt seit Langem Werbekampagnen wie den Zukunftstag. Wir treten dafür ein, dass auf kommunaler Ebene im Rahmen regionaler Bildungslandschaften über diese Aktionen hinaus längerfristige weitere Formen entwickelt werden, um die Berufswahl durch praktisches Erleben zu unterstützen. Darüber hinaus muss es gelingen, familienfreundliche Ausbildungs-, Studien- und Arbeitsbedingungen zu schaffen und die besonderen Interessen und Bedürfnisse von Frauen und Männern in der Ausbildung wie im Erwerbsleben zu berücksichtigen.

**6. Geschlechter- und Familienvielfalt sind nur Randthemen in der Erzieher\*innenausbildung. Beide Themenfelder werden im „Fachrichtungslehrplan für Fachschulen im Sozialwesen“ nicht explizit benannt, sondern sind im Lernfeld 3: „Lebenswelten und Diversität wahrnehmen, verstehen und Inklusion fördern“ unter dem Aspekt Betrachtung diversitärer Lebenswelten mitzudenken. Im aktuellen Standartwerk der Erzieher\*innenausbildung „Professionelles Handeln im sozialpädagogischen Berufsfeld“ wird Geschlecht lediglich über den Ansatz der geschlechterbewussten Arbeit thematisiert. Inhaltlich wird sich auf die stark komprimierte Auseinandersetzung (lediglich fünf Seiten) mit Geschlechterrollen und -stereotypen beschränkt. Eine Vertiefung um geschlechtervielfaltsbewusste Aspekte liegt hierbei in der Verantwortung der lehrenden Personen. Welche Ansätze verfolgt Ihre Partei in der curricularen Verankerung von LSBTIQ\*-Themen in der pädagogischen Ausbildung beziehungsweise Qualifikation?**

Schulen, Jugendhilfeeinrichtungen und Kitas sind keine geschlechtsneutralen Räume. Wir brauchen einen selbstverständlichen und respektvollen Umgang mit Menschen unterschiedlicher geschlechtlicher Identitäten. Um dies zu erreichen, wollen wir Lehrkräfte, Erzieherinnen und Erzieher und sozialpädagogische Fachkräfte dabei unterstützen, eine auf Diversität und auf Vielfalt bedachte Lehr- und Lernkultur in den Einrichtungen des Landes zu verankern. Dazu müssen zunächst die Standards für die Ausbildung von pädagogischen Fachkräften überarbeitet werden und die Rahmenbedingungen der Aus- und Fortbildung diskriminierungskritisch aufgestellt werden.

Queere Lebensweisen müssen verbindlich in die Curricula der Erzieher\*innen- und Lehrkräfteausbildung aufgenommen werden, um diese als verbindlichen Bestandteil des Unterrichts zu verankern. Darüber hinaus muss die geschlechtliche Vielfalt in Fachlehrplänen und Unterrichtsmaterialien berücksichtigt werden. Im sozialpädagogischen Bereich muss der Fortbildungskatalog des Landesjugendamtes um Themen der Geschlechtervielfalt erweitert werden.

Ein weiterer Baustein ist die Bereitstellung von Ressourcen für Projekte und Programme, die Schulen und Kitas dabei unterstützen diskriminierende Prozesse und Strukturen zu erkennen, abzubauen und langfristig zu verhindern.

- 7. Seit 2018 sensibilisiert das KgKJH im Rahmen des Projektes Medienkoffer „Geschlechtervielfalt in Einrichtungen der frühkindlichen Bildung, in Grundschulen und Horten“ pädagogische Fachkräfte für Geschlechterzuschreibungen, Geschlechter- und Familienvielfalt. Das Projekt wird im Rahmen des Aktionsprogramms für die Akzeptanz von LSBTTI in Sachsen-Anhalt bis Jahresende 2021 gefördert. Von 1786 sachsen-anhaltischen Kindertagesstätten und 549 Grundschulen konnten im Rahmen des Projektes bisher 41 Einrichtungen und ca. 950 Fachkräfte erreicht werden. Eine Fortführung des Projektes über die Förderperiode hinaus ist essentiell, um pädagogische Fachkräfte in Sachsen-Anhalt längerfristig und flächendeckend zu sensibilisieren und um geschlechtervielfaltsbewusste Materialien für die pädagogische Praxis bereitzustellen. Welche Strategien verfolgt Ihre Partei bezüglich einer Verstärkung des Medienkoffers „Geschlechtervielfalt in Einrichtungen der frühkindlichen Bildung, in Grundschulen und Horten“?**

Das Kompetenzzentrum geschlechtergerechte Kinder- und Jugendhilfe Sachsen-Anhalt e.V. soll weiterhin institutionell gefördert werden. Die Einführung des Medienkoffers für Kitas und Grundschulen in Sachsen-Anhalt ist ein guter und richtiger Schritt hin zu einer geschlechtergerechten Bildung, jedoch kann dies nur der Anfang sein. Die Finanzierung des Medienkoffers muss daher verstetigt werden. Auch für die weiterführende Bildung zu geschlechtlicher und sexueller Vielfalt sollen bedarfsgerechte fachliche Angebote vom Land gefördert werden. Dazu zählt für DIE LINKE auch ein Ausbau der Gender-Bibliothek des KgKJH.

- 8. Über Maßnahmen in spezifischen Aktionsprogrammen und -plänen versuchen die Bundesländer die gesellschaftliche und strukturelle Akzeptanz von LSBTTIQ\*-Personen in den jeweiligen Bundesländern auszubauen und zu stärken. Unter der Federführung des Ministeriums für Justiz und Gleichstellung setzt auch Sachsen-Anhalt bis zum Ende 2021 einen solchen Aktionsplan um. In der Antwort vom 18.10.2019 auf eine Große Anfrage „zur Situation von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgendern, Transsexuellen und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTTI\*) in Sachsen-Anhalt“ resümiert die Landesregierung, dass trotz einiger Fortschritte für LSBTTI im Bereich der gesetzlichen Regelungen weiterhin Handlungsbedarfe auf dem Gebiet der Queerpolitik bestehen, um das Verständnis für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt zu erhöhen. Welche Strategien verfolgt Ihre Partei hinsichtlich einer Fortschreibung des Aktionsprogramms für die Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgendern, Transsexuellen und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTTI)?**

Das „Aktionsprogramm für die Akzeptanz von LSBTI\*\*“ ist von großer Bedeutung, um die Rechte, und die gesellschaftliche Akzeptanz von LSBTI\* zu stärken. Es muss im engen Dialog mit den im Land aktiven Verbänden und Interessenvertretungen unbedingt fortgeschrieben und kontinuierlich den aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen angepasst werden. Spezielle Erfahrungen aus der Pandemie müssen dabei berücksichtigt werden.

- 9. Laut der DJI-Studie zu Coming-out gaben die befragten Personen an, dass nur 17,7 % der Lehrer\*innen zeigen, dass sie es nicht dulden, wenn Mitschüler\*innen geärgert werden, weil sie für LSBT\* gehalten werden. Laut den Befragten scheinen fast 50 %**

**der Lehrenden sich nicht in der Verantwortung zu sehen, sich klar gegen solche Formen der Diskriminierung zu positionieren. Geschlecht ist ein Thema, welches im schulischen Kontext häufig im Biologieunterricht und laut der Fachlehrpläne lediglich im Kontext geschlechtlicher und ungeschlechtlicher Fortpflanzung verortet wird. Geschlecht wird dadurch auf eine biologische Ebene reduziert und vielfaltsbewusste sowie diskriminierende Perspektiven scheinen kaum berücksichtigt. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei bezüglich einer Überarbeitung von Fachlehrplänen und Bereitstellung von Unterrichtsmaterialien im Kontext Geschlechter- und Familienvielfalt?**

DIE LINKE setzt sich für ein Bildungswesen ein, das jedem Kind ungeachtet seiner Herkunft oder seines Geschlechts und entsprechend seiner individuellen Anlagen, Interessen und Fähigkeiten die besten Bildungschancen ermöglicht. In diesem Sinne müssen auch die an den Schulen verwendeten Lehr- und Lernmaterialien diskriminierungskritisch durchgesehen und überprüft werden. Die Verantwortung der Lehrkräfte und pädagogischen Mitarbeiter\*innen für eine diskriminierungsfreie und geschlechtergerechte Erziehung muss in den pädagogischen Handreichungen klar verankert und zum Gegenstand spezieller Fortbildungen gemacht werden.

**10. Das Kompetenzzentrum geschlechtergerechte Kinder- und Jugendhilfe Sachsen-Anhalt e.V. ist die einzige landesweit wirkende Fachstelle für Genderkompetenz und Geschlechtervielfalt in der Kinder- und Jugendhilfe in Sachsen-Anhalt und gleichzeitig Projektträger des landesweit tätigen Medienkoffers Geschlechtervielfalt in Kindertagesstätten, Grundschulen und Horten. Gleichstellungspolitik erfolgt in der Lebensverlaufsperspektive und die Entwicklung von Geschlechtervielfaltsbewusstsein ist schon in der Kita unerlässlich. Nur so kann es gelingen, Akzeptanz und Toleranz für individuelle Entscheidungen von Mädchen\* und Jungen\*, Frauen\* und Männern\* zu entwickeln. Wichtig ist deshalb ein systemisches Wirken, das nicht nur einzelne Lebensbereiche von Mädchen\* und Jungen\* betrachtet, sondern ressortübergreifend wirkt. Die Landesförderung lässt zurzeit ein ressortübergreifendes Wirken des KgKJH nicht zu. Welche Möglichkeiten der Stärkung und des Ausbaus des Arbeitsbereiches hin zu einer ressortübergreifenden Fachstellenarbeit sieht Ihre Partei?**

Da das Kompetenzzentrum aus dem Haushalt des Sozialministeriums gefördert wird, ist für das KgKJH die Durchführung von Projekten außerhalb der Kinder- und Jugendhilfe (z.B. in Schule und Ausbildung) und damit ein Arbeiten entlang der Lebensverlaufsperspektive bisher nicht möglich. Hier müssen Wege der Finanzierung gefunden werden, die diese hinderliche Barriere beseitigen.